

Ressort: Politik

Schulz nennt Erdogans Nazi-Vergleiche "Frechheit"

Berlin, 19.03.2017, 20:08 Uhr

GDN - Der SPD-Kanzlerkandidat und Parteivorsitzende Martin Schulz hat die Nazi-Vergleiche des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan als eine "Frechheit" bezeichnet. "Ich finde, man muss Herrn Erdogan jetzt irgendwann auch mal sagen, dass ein Staatsoberhaupt eines Nato-Landes, eines Mitgliedskandidaten der Europäischen Union, nicht alle Gepflogenheiten der internationalen Diplomatie mit Füßen treten darf", sagte Schulz in der ARD-Sendung "Farbe bekennen".

Zwar dürften AKP-Politiker hierzulande im Rahmen der deutschen Meinungsfreiheit auftreten. Türkische Minister aber, die unter dem Ausnutzen des diplomatischen Schutzes in Deutschland AKP-Politik machten, hätten hier keinen Platz. Auch gegenüber Donald Trump ist Schulz für klare Kante: Mit ihm würden die deutschen Verteidigungsausgaben nicht auf zwei Prozent BIP steigen. "Ich jedenfalls werde den Menschen in diesem Land sagen, dass ich als Kandidat für das Amt des Kanzlers auf keinen Fall bereit bin, Sozialleistungen auf der einen Seite zu kürzen und dafür 20 Milliarden Euro mehr in die Rüstung zu stecken", so der neue SPD-Parteivorsitzende. Kurz zuvor war Schulz mit 100 Prozent Zustimmung zum neuen Parteivorsitzenden der SPD gewählt worden. "Ich bin selbst sehr überrascht gewesen über dieses Ergebnis", so der Kanzlerkandidat. Es sei auch Ausdruck der Entschlossenheit der Partei, in diesen Wahlkampf mit neuem Schwung zu gehen. Die SPD habe harte Monate und Jahre hinter sich - jetzt aber sei der Wille da, stärkste Partei in diesem Land zu werden. "Ich habe heute eine entschlossene und kampfesmutige Partei gesehen", so Schulz. Innenpolitisch will sich der neue Parteivorsitzende bisher wenig festlegen. Die SPD werde sich Zeit nehmen bis zum Programmparteitag Ende Juni. Es gebe aber aktuelle Themen in der Großen Koalition, die er als Kanzlerkandidat noch durchsetzen wolle - etwa die Deckelung von Manager-Boni. Die SPD hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach Unternehmen künftig die Vergütung von Vorständen oberhalb von 500.000 Euro pro Jahr nicht mehr als Betriebsausgaben von der Steuern absetzen können. Es sei ungerecht, wenn die Konzerne hier Steuern sparen: "Dann bezahlen die Steuerzahler die Boni der DAX-Unternehmensvorstände", kritisierte Schulz.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-86869/schulz-nennt-erdogans-nazi-vergleiche-frechheit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com

www.gna24.com